

Sozialpsychiatrische Informationen

3/2007

36. Jahrgang

Sonderdruck

**Auswirkungen der
Globalisierung auf
psychisch kranke und
behinderte Menschen**

Werner Rätz

2 - 3

ISSN 0171 - 4538

Verlag:

Psychiatrie-Verlag GmbH, Thomas-Mann-Str. 49a, 53111 Bonn
www.psychiatrie-verlag.de, e-mail: verlag@psychiatrie.de

Erscheinungsweise:

Januar, April, Juli, Oktober

Abonnement:

Printausgabe: jährlich 30,- € einschl. Porto, Ausland 35,- €. Einzelpreis: 9,90 €
e-paper: Jahresabo 27,- €, Einzelartikel 3,- €
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen.

Redaktionsanschrift:

Frau Gabriele Witte, Klinikum Region Hannover GmbH
Klinik f. Psychiatrie u. Psychotherapie – Institutsambulanz;
Rohdehof 5 , 30853 Langenhagen

Tel: 0511/73 00-590; Fax: 0511/73 00-518; gabriele.witte.langenhagen@klinikum-hannover.de

Redaktion:

Michael Eink, Hannover
Hermann Elgeti, Hannover
Helmut Haselbeck, Bremen
Gunther Kruse, Langenhagen
Sybille Prins, Bielefeld
Renate Schernus, Bielefeld-Bethel
Ulla Schmalz, Düsseldorf
Ralf Seidel, Mönchengladbach
Peter Weber, Celle
Dyrk Zedlick, Glauchau



Psychiatrie-Verlag

Auswirkungen der Globalisierung auf psychisch kranke und behinderte Menschen

Werner Rätz

Neoliberale Globalisierung ersetzt zunehmend gesellschaftliche Regulierungen durch Marktsituationen und Konkurrenzabläufe. Ihre Kritik sollte also die Situation von Menschen vorrangig in den Blick nehmen, die absehbar an dieser neuen Herausforderung scheitern müssen. Zumindest was psychisch kranke und behinderte Menschen betrifft, ist das nicht der Fall: Sie sind für die globalisierungskritische Bewegung bisher kein Thema. Gleiches gilt umgekehrt: Die behindertenpolitische Debatte beschäftigt sich höchstens sehr allgemein mit der Globalisierung. Dieser Artikel kennzeichnet deshalb auch eher ein Aufgabenfeld zukünftiger Fragestellungen, als dass er einen erreichten Stand darstellt.

Trotz dieses Befundes gibt es eine sofort ins Auge springende Überschneidung: Der Diskurs um »Selbstbestimmung« ist ein zentrales Element beider Themenbereiche. Selbstbestimmung war in der Behindertenpolitik allzu oft noch nur als Ziel, als Wunschvorstellung formulierbar, musste viel mehr erkämpft werden, als dass sie gestaltet werden konnte. Sie ist deshalb klar positiv besetzt. Neoliberale Globalisierung beruft sich ebenfalls durchgängig auf Selbstbestimmung, die hier allerdings oft im Gewand der »Eigenverantwortung« daherkommt. Zwar schaffe, so argumentiert Anne Waldschmidt im Rahmen der Disability Studies, »der Neoliberalismus ... die Voraussetzung für die Selbstbestimmung auch der behinderten Menschen«. Aber, fährt sie fort: »In der fortgeschrittenen Moderne darf man nicht nur selbstbestimmt leben; man muss es sogar ... Autonomie ... ist zur sozialen Verpflichtung geworden.« (Aus Politik und Zeitgeschehen B 08/2003)

Im Neoliberalismus geht es um Möglichkeiten, um Angebote auf einem Markt, um die die Einzelnen konkurrieren. Durchsetzen muss man sich schon selbst. Im neuen Abkommen über die Rechte behinderter Menschen sollen dann auch vor allem wirksame Zugänge zu Beratung, Bildung und Vermittlung »ermöglicht«, Beschäftigung, selbstständiges Unternehmertum oder Genossenschaften »gefördert« und »Förderprogramme und Anreize« geschaffen werden. Auch psychisch kranke und behinderte Menschen haben Fähigkeiten und sind in der Lage, sich durchzusetzen. Aber manche und in manchen Situationen sind eben auch bedürftige Menschen, die besondere Bedingungen brauchen, deren Möglichkeiten erst gelebt werden können, wenn ihnen bestimmte Zugänge systematisch und zuverlässig zur Verfügung stehen. »Barrierefreiheit« ist nicht nur eine Anforderung an Gebäude und Wege, sondern auch an Arbeitsmärkte. Davon aber ist ausdrücklich keine Rede mehr.



Werner Rätz
Informationsstelle Lateinamerika im Koordinierungskreis von attac Deutschland. Arbeitsschwerpunkte: »soziale Sicherungssysteme«/
»genug für alle/bedingungsloses Grundeinkommen«/Gentechnologie

Josef Siegers (Hauptgeschäftsführung der Deutschen Arbeitgeberverbände) sagt, es gehe um den »regulären Arbeitsmarkt und nicht um die »Perfektionierung institutioneller Sonderregelungen«. »Die Beschäftigung Behinderter ist eingebettet in die üblichen betrieblichen Kosten- und Ertragskalküle. Es gibt auf Dauer keine Nischen für Behinderte, sondern nur Arbeitsplätze, deren Arbeitsergebnis höher ist als der Arbeits-einsatz.« Die »Globalisierung der Märkte« böte dafür durch »Rationalisierung« und »weltweit neue Absatzchancen« gute Möglichkeiten. Ausschlaggebend dafür, ob Behinderte diese wahrnehmen könnten, sei »die Qualifikation des einzelnen Arbeitnehmers«. (ZB 1/2000)

Die von Siegers angesprochenen konkurrenzfähigen neuen Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben sich etwa in der Landwirtschaft, weil »sich Werkstätten durch die zunehmende Globalisierung einem verstärkten Preisdruck ausgesetzt (sahen), sodass die Suche nach Alternativen zur industriellen Fertigung einsetzte«. So heißt es in einer Projektbeschreibung der Forschungsgemeinschaft für biologischen Landbau. Dort wird auch die Erklärung für die Konkurrenzfähigkeit der Behindertenwerkstätten geliefert: »Angesichts des agrarstrukturellen Wandels gaben immer mehr Betriebe ihre Produktionsgebäude und -flächen auf.« Wirtschaftlich nicht mehr einkömmlich leistbare Tätigkeiten, Lohnkonkurrenz in den internationalen Exportmärkten, die Mobilisierung spezieller Fähigkeiten einzelner behinderter Menschen, das sind die gebotenen Beschäftigungsperspektiven. Wer da nichts zu bieten hat, hat ein Problem.

Die Werkstätten für Behinderte können etwas davon erzählen. Bei ihnen gibt es eine verstärkte Platznachfrage von Personen, deren bisherige (Über-)Lebenszusammenhänge und Nischen verloren gehen. Ulrich Hiltl von den Werkstätten in Schwandorf nennt vier Gruppen: Menschen mit psychischen Behinderungen; Menschen mit einer Behinderung aus anderen Kulturkreisen; Autisten; Menschen mit Behinderungen aus Unfällen oder Krankheiten wie Schädel-Hirn-Verletzungen, Schlaganfällen, Drogenmissbrauch. Der Zusammenhang mit der Globalisierung ist offensichtlich. Diese führt zu vermehrtem Stress im Arbeitsleben und in der Freizeit; Krankheiten, Unfälle, »Aussteigen« durch Drogen oder psychische Störungen sind eine notwendige Folge. Durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen weltweit suchen immer mehr Menschen auch hierzulande eine Zukunft für sich, oft unter illegalen Bedingungen; für diese gilt das Gesagte verstärkt. Und die Vermarktlichung des gesamten Sozialbereichs, speziell des

Gesundheitswesens, vernichtet dort Betreuungsmöglichkeiten und Lebensorte, sodass die Herausgefallenen nach Alternativen schauen (müssen). Das wird noch deutlicher, wenn Hiltl darauf hinweist, dass die Nachfragenden immer jünger werden und immer öfter nicht aus den Förderschulen kommen.

Behinderte waren auf dem Arbeitsmarkt immer schon Billig-arbeitskräfte. Viele ihrer Arbeitsplätze fielen weg, weil sie durch Maschinen ersetzt wurden. Inzwischen aber ist ein weltweiter Konkurrenzkampf darum entstanden, menschliche Arbeit noch billiger anzubieten als diese Maschinenarbeit. Migration und die damit verbundene Rechtlosigkeit, Ausgliedern ganzer Unternehmensteile zu schlechtesten Bedingungen, Wegfall öffentlicher Unterstützung und spezieller Förderprogramme tragen dazu bei. Ausschlaggebend aber ist die Tatsache, dass Arbeitskraft inzwischen weltweit um die niedrigsten Löhne konkurriert. Hiltl nennt Zahlen: Die Lohnstunde kostet in Moskau 0,50 US-\$, im Iran 1,20, im Baltikum 2,00, in der Türkei 1,50, in Indien 0,70. Hinzuzufügen wären die Insassen chinesischer Arbeitslager, die praktisch umsonst arbeiten. Das Benchmarking der Firmen, der genaue Vergleich der Kosten und des Ertrags eines Arbeitsplatzes in jeder Beziehung, innerhalb des Unternehmens, im Vergleich zur direkten Konkurrenz, im lokalen Lohngefüge und auf dem Weltmarkt ist selbstverständlicher Teil globalisierter Unternehmenspraxis.

Behinderte und kranke Menschen bekommen darin nur eine Chance, wenn sie Kostenvorteile bieten. Oder wenn sie Glück haben, sozusagen in der Lotterie gewinnen. Denn die gehört selbstverständlich auch zum Akzeptanzmanagement dieses Systems. Seine Gnadenlosigkeit könnte sonst zu offensichtlich werden. So kümmert sich die Weltbank zwar nicht um die systematische Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung in den arm gemachten Ländern des Südens, sondern vielmehr darum, dass diese ihren Schuldendienst leisten können. Aber gelegentlich, als Projekt, werden auch mal Arbeitsplätze für Behinderte geschaffen. So geschehen etwa vor drei Jahren, als sich weltweit dreitausend Projekte in einem Wettbewerb anmeldeten, bei dem eine Arbeitsstätte für 250 behinderte Menschen zu gewinnen war. Das Rennen machte eine Gruppe in Addis Abeba, Äthiopien, die öffentliche Toiletten bauen und betreiben will – die Stadtverwaltung hatte sich aus diesem Geschäft zurückgezogen. Hier werden Behindertengruppen nicht nur gegeneinander ausgespielt, sondern die »Erfolgreichen« werden auch noch benutzt, um den Abbau der ohnehin schon desolaten öffentlichen Versorgung zu legitimieren.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die das Projekt konzipiert hat, erwähnt es nicht, aber es ist anzunehmen, dass viele der äthiopischen Betroffenen ihre Behinderung im Krieg erworben haben, der im Rahmen der neoliberalen Wolfsgesellschaft so viele Länder verwüstet. In einem anderen Fall ist bekannt, dass die Beeinträchtigung, an der die Menschen leiden, eine unmittelbare Auswirkung moderner Wirtschaftspraxis ist. In den indischen Baumwollanbaure-



attac-Protest vor der SPD-Zentrale

gionen wurde in den letzten Jahren verstärkt gentechnisch veränderte Baumwolle angebaut. Saatgut und Spritzmittel sind teuer, die Erträge waren schlecht, die Bauern verschuldeten sich. Die Gläubiger nahmen alles weg, das Geld, das Vieh, die Erträge anderer Pflanzen, alles, was sich zu Geld machen lässt. Die Sorge um die Familie, die Verzweiflung angesichts der Ausweglosigkeit, letztlich auch die Schande, öffentlich bloßgestellt zu sein, wenn sichtbar alles Geldwerte weg ist (in einem dokumentierten Fall wurde die Haustür abmontiert und verkauft), führen zur Selbstaufgabe und zum Selbstmord vieler Bauern, obwohl Selbstmorde bisher in der Region selten und kein Teil der Kultur waren.

Wäre es da bloßer Zynismus, die aktuelle Debatte um Sterbehilfe und PatientInnenverfügung (»Ich will so nicht mehr leben!«) als Teil der Bearbeitung der psychischen und tatsächlichen Folgen des Neoliberalismus zu verstehen?

Anschrift des Verfassers

Werner Rätz

Jagdweg 49

53115 Bonn

werner.raetz@t-online.de